

<b>Arbeitsmarkt:</b>	
Sinkende Löhne machen nicht flexibel	2
<b>Konjunktur:</b> Kleine Fortschritte im neuen Jahr	3
<b>Staatsfinanzen:</b>	
Sieben Wege zu höheren Einnahmen	4
<b>Steuern:</b> Deutschland schont Vermögende	6
<b>Mindestlohn:</b>	
USA – Allenfalls minimale Jobverluste	6
<b>Verteilung:</b> Krankheitsfaktor Gehaltsfrust	7
<b>TrendTableau</b>	8

## ARMUT

# Fast jedes fünfte Kind ist arm

**In Ostdeutschland sind deutlich mehr Kinder von Armut bedroht als im Westen. Spitzenreiter ist allerdings das westdeutsche Bremen.**

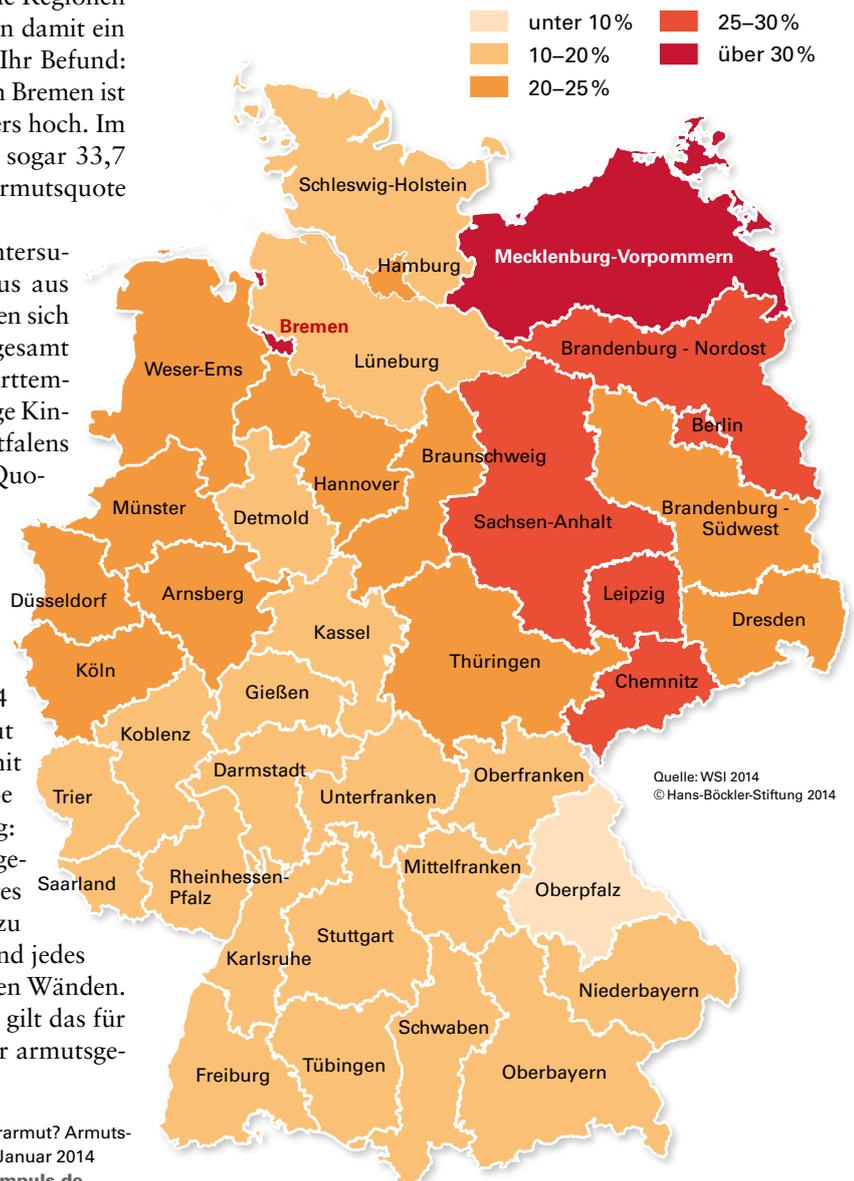
Bundesweit leben 18,9 Prozent aller Kinder und Jugendlichen unter der Armutsschwelle, 17,4 Prozent im Westen und 26,3 Prozent im Osten. Erstmals haben die WSI-Forscher Helge Baumann und Eric Seils die Daten für 39 einzelne Regionen in der Bundesrepublik ausgewertet – und können damit ein differenziertes Bild über Kinderarmut liefern.\* Ihr Befund: Nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, auch in Bremen ist der Anteil von Armut bedrohter Kinder besonders hoch. Im Nordosten sind es 33,5, im nördlichen Westen sogar 33,7 Prozent. Die mit 9,9 Prozent niedrigste Kinderarmutsquote findet sich in der Oberpfalz.

Seils und Baumann verwendeten für ihre Untersuchung eine Sonderauswertung des Mikrozensus aus dem Jahr 2012. So zeigt sich auch: Seit 2005 haben sich die Armutsquoten zwischen Ost und West insgesamt deutlich angenähert. In Bayern und Baden-Württemberg sind jedoch weiterhin vergleichsweise wenige Kinder von Armut betroffen. Teile Nordrhein-Westfalens weisen hingegen eine überdurchschnittlich hohe Quote auf – mit steigender Tendenz.

Als armutsgefährdet gilt nach gängiger wissenschaftlicher Definition, wer über weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Nettoeinkommens verfügt. Ein Elternpaar mit einem Kind unter 14 Jahren rutscht zum Beispiel mit einem Monatseinkommen von 1.564 Euro unter diese Schwelle. Einkommensarmut geht nach Analyse der Wissenschaftler häufig mit gravierenden Mängeln bei der sozialen Teilhabe einher, oft auch bei der materiellen Ausstattung: Bundesweit können rund 70 Prozent der armutsgefährdeten Kinder keinen Urlaub machen. Ein gutes Viertel im Westen und ein Drittel im Osten hat zu Hause nicht genügend Platz. Jedes elfte West- und jedes siebte Ostkind lebt in einer Wohnung mit feuchten Wänden. Auch Winterkleidung fehlt: In Westdeutschland gilt das für knapp 10, in Ostdeutschland für 12 Prozent der armutsgefährdeten Kinder. ◀

## Kinderarmut in Deutschland

Von den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren waren 2012 armutsgefährdet in den Regionen ...



\* Quelle: Helge Baumann, Eric Seils: Wie „relativ“ ist Kinderarmut? Armutsrisiko und Mangel im regionalen Vergleich, WSI Report 11, Januar 2014  
[Link zur Studie und interaktive Karte unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Sinkende Löhne machen nicht flexibel

**Die Hartz-Reformen hatten offenbar kaum Auswirkung auf die Dauer von Beschäftigungsverhältnissen. Aber sie haben zu sinkenden Reallöhnen und mehr Ungleichheit beigetragen.**

Erklärtes Ziel von Hartz I bis IV war es, die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland durch Flexibilisierung zu bekämpfen. Tatsächlich sei nach 2005 die Zahl der Arbeitslosen gesunken und mehr Beschäftigung entstanden, schreiben Gianna C. Giannelli, Ursula Jaenichen und Thomas Rothe. Zu fragen sei allerdings, welchen Anteil die Reformen daran haben und wie es um die Qualität der neuen Jobs bestellt ist. Zur Klärung dieser Frage haben die Wirtschaftswissenschaftler von der Universität Florenz und vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Personendaten aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit ausgewertet.\* Ihre Berechnungen zeigen, dass sich die durchschnittliche Dauer neuer Beschäftigungsverhältnisse kaum geändert hat. Dagegen sind die Reallöhne deutlich gesunken, vor allem im unteren Bereich der Lohnverteilung. Die Einkommensungleichheit hat sich dadurch verstärkt.

Grundlage der Studie ist die Stichprobe der Integrierten Erwerbsbiografien des IAB. Die Untersuchung bezieht sich auf Westdeutschland, die Forscher haben Beamte, Selbstständige, Minijobber und Azubis aus ihrer Analyse ausgeschlossen. Sie unterscheiden zwischen drei Zeitabschnitten: Die Reformphase dauerte von 2003 bis 2005. In diesem Zeitraum traten nacheinander die verschiedenen Hartz-Gesetze in Kraft, die unter anderem Leiharbeit, Kündigungsschutz und Arbeitslosengeld neu geregelt haben. Die Jahre 1998 bis 2002 stehen für die Entwicklung vor den Hartz-Reformen, die Jahre 2006 bis 2010 für die Zeit danach. Untersucht wurden die Dauer und die Einstiegsgehälter aller Jobs, die Beschäftigte in einer dieser drei Phasen neu angetreten haben.

Auf die **Stabilität von Arbeitsverhältnissen** scheinen sich die Reformen wenig ausgewirkt zu haben: Der Anteil der Männer, die zwölf Monate nach Aufnahme einer Beschäftigung immer noch denselben Arbeitgeber haben, blieb im gesamten Untersuchungszeitraum ziemlich konstant – zwischen 50 und 60 Prozent. Bei den Frauen ist dieser Wert sogar leicht gestiegen, auf über 60 Prozent. An diesen Befunden ändert sich auch dann nichts, wenn Kontrollvariable wie die Betriebsgröße, die Branche oder das Alter der Befragten berücksichtigt werden. Demnach haben die Hartz-Gesetze die Fluktuation nicht messbar erhöht, obwohl sie eigentlich für mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt sorgen sollten. Die Vermutung der Wissenschaftler: Beschäftigte sind weniger wechselwillig geworden, weil sie als Arbeitslose mit weniger Unterstützung rechnen müssen – und weil die Firmen geringere Einstiegsgehälter zahlen.

Anders als bei der Dauer sind bei der **Bezahlung neuer Arbeitsverhältnisse** deutliche Änderungen nachweisbar: Die Reallöhne von Vollzeitbeschäftigten sind seit 2001 zum Teil drastisch gesunken. Besonders stark war der Rückgang beim 25. und 50. Perzentil, also in der unteren Hälfte der Lohnverteilung. Dadurch hat sich der Abstand zu den oberen Einkommensgruppen vergrößert. Betrachtet man einzelne Personengruppen, zeigen sich die stärksten Lohnverluste bei den Geringqualifizierten. Bei Leiharbeitern sind die Medianlöhne zwischen der ersten und der letzten Untersuchungsperiode um zehn Prozent gesunken, bei Leiharbeiterinnen um zwölf Prozent. Ohnehin benachteiligte Beschäftigtengruppen hätten also die größten Einbußen bei der Bezahlung erlitten, konstatieren die Autoren. Druck auf das Lohnniveau habe man zwar auch vor dem Jahr 2003 schon feststellen können, diese Tendenz sei aber durch die Hartz-Gesetze verstärkt worden. Zu vermuten sei, dass Arbeitsuchende wegen der gesunkenen Unterstützungsleistungen auch schlechter bezahlte Tätigkeiten annehmen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. ◀

\* Quelle: Gianna C. Giannelli, Ursula Jaenichen, Thomas Rothe: Doing Well in Reforming the Labour Market? Recent Trends in Job Stability and Wages in Germany, IZA Discussion Paper Nr. 7580, August 2013  
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## Einstiegsgehälter auf Talfahrt

So änderten sich die Reallöhne von Vollzeitbeschäftigten in neuen Jobs ...

		von 1998 bis 2005	von 2005 bis 2010	insgesamt von 1998 bis 2010
<b>Männer</b>	insgesamt	- 3 %	- 9 %	- 12 %
	Leiharbeiter	- 6 %	- 4 %	
	Geringqualifizierte	- 8 %	- 12 %	
<b>Frauen</b>	insgesamt	- 3 %	- 4 %	- 7 %
	Leiharbeiterinnen	- 11 %	- 1 %	
	Geringqualifizierte	- 6 %	- 8 %	

Quelle: Giannelli, Jaenichen, Rothe 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

# Kleine Fortschritte im neuen Jahr

Die Krise im Euroraum überwinden und den Investitionsstau in Deutschland auflösen – das sind für das IMK die wichtigsten Herausforderungen 2014. Die neue Regierung verspricht richtige Impulse für den Arbeitsmarkt, hat sich bei Investitionen aber zu wenig vorgenommen.

Es geht voran in Deutschland, aber nur ein bisschen. Das IMK rechnet für dieses Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent. Ein richtiger Aufschwung ist nach Einschätzung der Forscher nicht in Sicht. Das Wachstum reicht zwar aus, um für weitere moderate Zuwächse bei der Beschäftigung zu sorgen. Es ist aber zu schwach, um auch die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, weil gleichzeitig mehr Frauen, Ältere und Zuwanderer nach einem Job suchen.

Als wichtigsten Grund für die schleppende Entwicklung identifiziert das IMK in seinem wirtschaftspolitischen Ausblick\* die fortgesetzte Schwäche bei vielen europäischen Handelspartnern. „Die weitgehend erfolglose überharte Sparpolitik wird derzeit etwas gelockert. Aber das reicht längst noch nicht“, sagt Gustav Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK. Das Institut hält es für illusorisch, die Krise vor allem durch Exporte der Euro-Krisenländer ins außereuropäische Ausland überwinden zu wollen. Die Weltkonjunktur sei dazu nicht stark genug. Zudem werde der Euro bei zunehmenden Außenhandelsüberschüssen des gesamten Euroraums kräftig aufwerten. Das drohe „den Gewinn an Wettbewerbsfähigkeit, den die Krisenländer unter großen Opfern erreicht haben, wieder zunichtezumachen“.

**Positive Impulse auf dem Arbeitsmarkt ...** Um die Erholung wirklich voranzubringen, empfiehlt das IMK daher, in den europäischen Überschussländern die Nachfrage zu stärken. Das eröffne auch den Krisenländern bessere Chancen im innereuropäischen Handel. Eine höhere Binnennachfrage lässt sich laut IMK sowohl über eine stärkere Lohnentwicklung als auch über höhere öffentliche Investitionen erreichen. „Deutschland ist dabei besonders gefragt, auch im ureigenen Interesse“, sagt Horn. So zeigen Simulationsrechnungen mit dem Konjunkturmodell des IMK, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt zwischen 1999 und 2011 um rund sechs Prozentpunkte stärker gestiegen wäre, wenn die Löhne sich kräftiger entwickelt hätten und der Staat seine Ausgaben nicht eingeschränkt und insbesondere die Investitionen nicht zurückgefahren, sondern stattdessen auf Steuersenkungen verzichtet hätte.

Die Vereinbarungen der Großen Koalition beurteilt das IMK unterschiedlich. Positiv seien die geplanten Reformen auf dem Arbeitsmarkt, besonders die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und das Vorhaben, Tarifverträge leichter allgemeinverbindlich zu erklären. Die „letzten, wenn auch wenig überzeugenden“ Befürchtungen, dass der Mindestlohn Arbeitsplätze kosten könnte, würden durch die vorgesehenen Übergangsfristen ausgeräumt, betonen die Forscher.

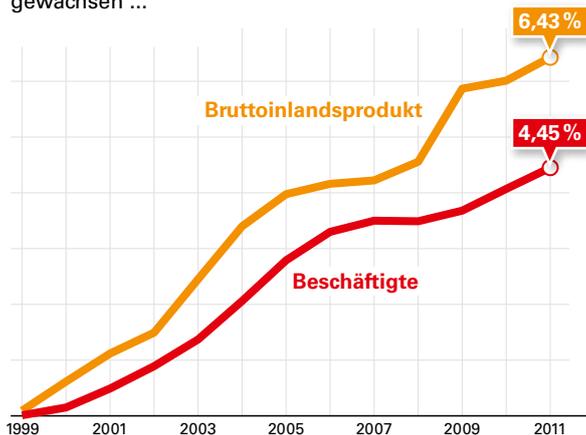
**... doch der Investitionsstau bleibt.** Deutlich kritischer beurteilen sie die Ausgabenvorhaben der neuen Regierung. Die geplanten „prioritären Maßnahmen“ halten die Wissenschaftler vom Grundsatz her für durchdacht. Mit einem Volumen von 23 Milliarden Euro in vier Jahren, die zudem nur zum größten Teil für Infrastruktur, Bildung und Forschung vorgesehen seien, reichten diese Mehrausgaben aber nicht

aus. „Bei einem ganz zentralen Problem des Landes, nämlich dem in über einem Jahrzehnt aufgelaufenen Investitionsstau, bleibt die Regierungskoalition eine Lösung schuldig.“

Die geplanten Änderungen bei der Rente sind aus Sicht der Forscher zwar isoliert betrachtet sozialpolitisch sinnvoll, vor allem die Verbesserungen bei Erwerbsminderung. Insgesamt vermissen die Forscher aber eine klare Zielsetzung, durch die falsche rentenpolitische Entscheidungen seit der Jahrtausendwende systematisch korrigiert werden könnten. „Wichtiger“, schreiben sie, „wäre es, die übermäßige Absenkung des Rentenniveaus zu korrigieren.“

## Andere Politik lohnt sich

Szenario: So viel stärker wären Wirtschaft und Beschäftigung bei einer alternativen Wirtschaftspolitik gewachsen ...



Simulation mit IMK-Konjunkturmodell; Kernannahmen: 3% jährlicher Nominallohnanstieg, stärkere öffentliche Investitionen, Verzicht auf Senkung von Steuern und Sozialbeiträgen  
Quelle: IMK 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Schließlich drängt das IMK auf eine korrekte Finanzierung: Die „Mütterrente“ sei ebenso wie die solidarische Lebensleistungsrente aus Steuern zu bezahlen, nicht aus Rentenbeiträgen. Dass die Große Koalition alle geplanten Zusatzausgaben erklärtermaßen aus Steuererhöhungen und Umschichtungen im Haushalt finanzieren wolle, setze hier allerdings enge Grenzen. Schon die Finanzierung der „prioritären Maßnahmen“ sei zweifelhaft, weil die Steuererhöhungen nach den letzten Prognosen kaum ausreichen. „Es ist bedauerlich, dass die sinnvolle Debatte über Steuererhöhungen auf hohe Einkommen und Vermögen vorzeitig abgebrochen wurde“, sagt Horn. Das IMK hält es für sinnvoll, die Erbschaftsteuer und den Spitzensatz der Einkommensteuer zu erhöhen und die Vermögensteuer wieder einzuführen. ◀

\* Quelle: Gustav A. Horn, Alexander-Herzog-Stein u.a.: Weichen für die Zukunft stellen. Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2014, IMK Report Nr. 90, Januar 2014  
Link zur Studie unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

# Sieben Wege zu höheren Einnahmen

**Aus Vermögensteuern nimmt der deutsche Staat nur wenig ein. An gangbaren Möglichkeiten, das zu ändern, herrscht kein Mangel.**

Das private Vermögen nimmt zu – und mit ihm die Ungleichheit. Darauf weist Brigitte Unger\* hin, die Wissenschaftliche Direktorin des WSI. Zugleich hätten Steuersenkungen

die Staatsfinanzen stark strapaziert. So habe der deutsche Fiskus 2012 lediglich 24,3 Milliarden Euro aus vermögensbezogenen Steuern eingenommen, weniger als ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im internationalen Vergleich sei das ziemlich wenig (siehe auch Seite 6). „Vor diesem Hintergrund könnte eine höhere Belastung von Vermögen als Korrektur zuvor begangener steuer- und finanzpolitischer

Option	Einführung einer allgemeinen Vermögensteuer	Einmalige Vermögensabgabe	Progressive Besteuerung von Kapitalerträgen
<b>Eckpunkte</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1 Prozent auf das zum Verkehrswert bewertete Nettovermögen</li> <li>■ 2 Millionen Euro Freibetrag für natürliche Personen, 0,2 Millionen für juristische Personen</li> <li>■ Halbvermögensverfahren zur Vermeidung von Doppelbesteuerung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 10 Prozent auf das zu einem Stichtag in der Vergangenheit festgestellte, zum Verkehrswert bewertete Nettovermögen</li> <li>■ verteilt über zehn Jahre</li> <li>■ Begrenzung der Ertragsbelastung bei Betriebsvermögen</li> <li>■ 1 Million Euro Freibetrag für Privatvermögen, 5 Millionen für Betriebsvermögen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Besteuerung von Kapitalerträgen mit regulärem progressivem Einkommensteuertarif statt mit 25 Prozent Abgeltungssteuer</li> </ul>
<b>Mehreinnahmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ bis zu 16,5 Milliarden Euro, bei Ausweichreaktionen 11,6 Milliarden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 140 Milliarden Euro</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 3 bis 4 Milliarden Euro</li> </ul>
<b>Vorteile</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ stabile, langfristig zunehmende Einnahmen</li> <li>■ Begrenzung der zunehmenden Vermögensungleichheit</li> <li>■ gute Wachstums- und Beschäftigungsverträglichkeit</li> <li>■ „Nachversteuerung“ nicht erfasst oder nur moderat besteuerte Kapitalerträge</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ gute Wachstums- und Beschäftigungsverträglichkeit</li> <li>■ Korrektur der steigenden Vermögensungleichheit</li> <li>■ „Nachversteuerung“ nicht erfasst oder nur moderat besteuerte Kapitalerträge</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ langfristig zunehmende Einnahmen</li> <li>■ Korrektur der zunehmenden Einkommensungleichheit</li> <li>■ Wiederherstellung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung unterschiedlicher Einkunftsarten</li> <li>■ Vermeidung einer Substanzbesteuerung bei fehlenden Erträgen oder Verlusten</li> </ul>
<b>Probleme</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Ausweichreaktionen</li> <li>■ Doppelbesteuerung</li> <li>■ Substanzbesteuerung bei schlechter Ertragslage von Betrieben</li> <li>■ Verwaltungsaufwand</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Doppelbesteuerung</li> <li>■ Substanzbesteuerung bei schlechter Ertragslage von Betrieben</li> <li>■ Verwaltungsaufwand</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ hohe Einnahmeschwankungen</li> <li>■ Ausweichreaktionen</li> <li>■ Doppelbesteuerung</li> <li>■ Gefahr eines Lock-in-Effekts durch Besteuerung von Veräußerungsgewinnen</li> <li>■ vergleichsweise schwer durchzusetzen und zu kontrollieren</li> </ul>
<b>Verfassungsrechtliche Aspekte</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ verfassungsrechtlich unproblematisch bei Konzeption als Sollertragsteuer, Verschonung des persönlichen Gebrauchsvermögens und verkehrswertnaher Bewertung von Grund- und Immobilienvermögen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ zulässig zur Deckung eines außerordentlichen Finanzbedarfs (umstritten ist, ob das für die Folgen der Finanzkrise zutrifft)</li> <li>■ als einmalige Abgabe vermutlich zulässig auch als Substanzsteuer und zusätzlich zu einer allgemeinen Vermögensteuer</li> </ul>	
<b>Technische Aspekte</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ deutlicher zeitlicher Vorlauf</li> <li>■ praktikable Bewertungsverfahren verfügbar (Erbschaft- und Schenkungsteuer)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ deutlicher zeitlicher Vorlauf</li> <li>■ praktikable Bewertungsverfahren verfügbar (Erbschaft- und Schenkungsteuer)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ eventuell kurzer zeitlicher Vorlauf zur Einrichtung einer Abschlagsteuer an der Quelle</li> </ul>

Fehler begriffen werden“, so Unger. Ein weiteres Argument: Nicht erfasste oder unzureichend besteuerte Einkommen flößen über kurz oder lang in Vermögenswerte – und könnten so „nachversteuert“ werden. Höhere Steuern auf Reichtum wären also wünschenswert. Aber wären sie auch umsetzbar? Um diese Frage zu klären, hat das WSI vier Gutachten in Auftrag gegeben: Margit Schratzenstaller vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, die Berliner Ökonomen Achim Truger und Birger Scholz, die Steuerjuristen Viktor van Kommer und Lambert F. Kusters von den Universitä-

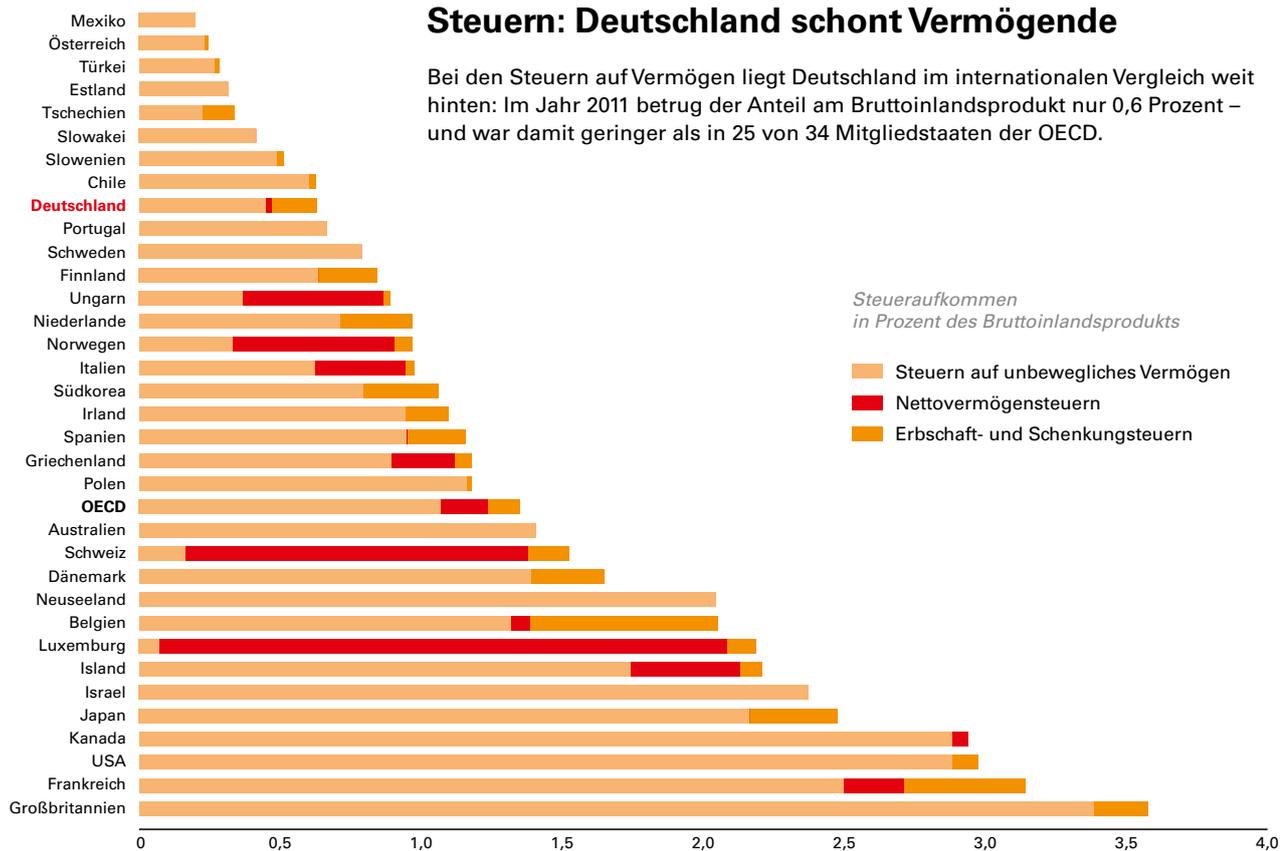
ten Utrecht und Nimwegen sowie der Rechtswissenschaftler Winfried Kluth von der Universität Halle-Wittenberg sollten aus unterschiedlichen Perspektiven die Möglichkeiten für eine stärkere Belastung von Vermögen ausloten. Das Ergebnis: Es gibt diverse Optionen, die ökonomisch, rechtlich und politisch gut vertretbar wären. ◀

\* Brigitte Unger ist Wissenschaftliche Direktorin des WSI. Eine ausführliche Übersicht zu den Gutachten erscheint demnächst auf der Website des WSI. Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer	Einführung einer Finanztransaktionssteuer	Reform der Grundsteuer	Reform der Bankenabgabe
<ul style="list-style-type: none"> <li>Senkung der Freibeträge für Privatpersonen sowie der Tarifgrenzen für hohe Erbschaften und Schenkungen</li> <li>Einschränkung der Verschonungsregelungen im betrieblichen Bereich</li> <li>Verlängerung des Anrechnungszeitraums bei mehrfacher Schenkung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>0,01 Prozent bei Derivaten, 0,1 Prozent bei Aktien und Anleihen</li> <li>Spielraum auf nationaler Ebene zur Erhöhung der Steuersätze</li> <li>steuerpflichtig sind professionelle Finanzmarktakteure</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>verkehrswertnahe Bewertung von Grund- und Immobilienvermögen bei nicht land- und forstwirtschaftlich genutzten Grund- und Immobilienvermögen (Anhebung der Einheitswerte)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>mindestens Verdoppelung des Abgabesatzes (bislang 0,02 bis 0,06 Prozent auf die Summe der Passiva von Banken)</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>beträchtliches Mehreinnahmepotenzial</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>bis zu 35 Milliarden Euro in den beteiligten elf EU-Ländern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>beträchtliches Mehreinnahmepotenzial</li> </ul>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>stabile, langfristig zunehmende Einnahmen</li> <li>gute Wachstums- und Beschäftigungsverträglichkeit</li> <li>Begrenzung der zunehmenden Vermögensungleichheit</li> <li>Beitrag zu mehr Chancengleichheit</li> <li>„Nachversteuerung“ nicht erfasster oder nur moderat besteuarter Kapitalerträge</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>langfristig zunehmende Einnahmen</li> <li>Beitrag zur Eindämmung hochspekulativer Finanztransaktionen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>stabile, langfristig zunehmende Einnahmen</li> <li>gute Wachstums- und Beschäftigungsverträglichkeit</li> <li>gewisse Begrenzung der zunehmenden Vermögensungleichheit</li> <li>stärkt das Äquivalenzprinzip (den Zusammenhang zwischen kommunalen Leistungen und Steuern)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>stabile, langfristig zunehmende Einnahmen</li> <li>Begrenzung des Größenwachstums von Banken</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Verwaltungsaufwand</li> <li>Liquiditätsprobleme</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ausweichreaktionen</li> <li>Einnahmeschwankungen</li> <li>teilweise Überwälzung auf Endkunden nicht auszuschließen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verwaltungsaufwand</li> <li>teilweise Überwälzung auf Mieter nicht auszuschließen</li> <li>verkehrswertbasierte Bewertung birgt Gefahr von Einnahmeschwankungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>teilweise Überwälzung auf Bankkunden nicht auszuschließen</li> <li>Fondslösung birgt Anreize für „moral hazard“</li> <li>trägt wenig zur Regulierung spekulativer Finanztransaktionen bei</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Verfassungskonformität der geltenden Regelung fraglich, daher Reformbedarf</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>EU-rechtliche Vorbehalte scheinen wenig begründet zu sein</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verfassungskonformität der geltenden Regelung fraglich, daher Reformbedarf</li> </ul>	
		<ul style="list-style-type: none"> <li>deutlicher zeitlicher Vorlauf</li> <li>praktikable Bewertungsverfahren verfügbar (Erbschaft- und Schenkungsteuer)</li> </ul>	

## Steuern: Deutschland schont Vermögende

Bei den Steuern auf Vermögen liegt Deutschland im internationalen Vergleich weit hinten: Im Jahr 2011 betrug der Anteil am Bruttoinlandsprodukt nur 0,6 Prozent – und war damit geringer als in 25 von 34 Mitgliedstaaten der OECD.



Quelle: OECD 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

## MINDESTLOHN

# USA: Allenfalls minimale Jobverluste

Beschäftigungseffekte von Mindestlöhnen nachzuweisen ist schwierig. Aus methodisch einwandfreien Studien für die USA lassen sich allenfalls minimale Beschäftigungsverluste infolge höherer gesetzlicher Lohnuntergrenzen ableiten.

Die US-Mindestlöhne auf Bundes- und Bundesstaatenebene haben sich in den vergangenen Jahrzehnten sehr unterschiedlich entwickelt. Aktuell liegen sie zwischen sieben und elf Dollar pro Stunde. Damit existieren eigentlich reichlich Erfahrungen, wie höhere oder niedrigere Mindestlöhne wirken, so die US-Forscher Sylvia Allegretto, Arindrajit Dube, Michael Reich und Ben Zipperer in einem Arbeitspapier des Bonner Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit.\* Die „schlechte Nachricht“ sei jedoch, dass man leicht zu Fehlschlüssen gelange, wenn sich die Ursachen beobachteter Veränderungen nicht sauber identifizieren ließen. Es gebe viele Störvariable, die Ergebnisse verfälschen, falls die Rechenmodelle keine entsprechenden Korrekturen enthielten.

Eine Reihe von Analysemethoden stufen die Wissenschaftler allerdings als durchaus seriös ein. Darunter sind zum Beispiel Vergleiche der Beschäftigungsentwicklung in angrenzenden Counties unterschiedlicher Bundesstaaten, von denen der eine einen hohen und der andere einen niedrigen Mindestlohn hat. Mit unterschiedlichen Datensätzen und Verfahren haben die Forscher nun versucht, Beschäftigungseffekte für zwei Gruppen zu ermitteln, die häufig am unteren Ende der Lohn- und Qualifikationshierarchie stehen – Teen-

ager und Beschäftigte in Restaurants. Dabei zeigt sich: Deren Beschäftigungschancen verschlechtern sich durch höhere Mindestlöhne zumeist nicht nachweisbar. Die sogenannte Beschäftigungselastizität variiert nach den Berechnungen von Allegretto und Kollegen je nach Datensatz von zumeist leicht positiven Werten bis zu minus 0,1 als Untergrenze. Demnach würde ein um zehn Prozent erhöhter Mindestlohn maximal ein Prozent der betroffenen Niedriglohnjobs kosten.

Jobverluste durch Mindestlohn erhöhungen in den USA seit 1990 seien nicht substantiell gewesen, resümieren die Forscher. Damit sei zwar nicht behauptet, dass Mindestlöhne niemals die Beschäftigung reduzieren könnten. Aber „moderate Erhöhungen des gesetzlichen Mindestlohns führen zu substantiell höheren Durchschnittslöhnen“ für die Menschen im Niedriglohnsektor, ohne merklich Stellen zu kosten. Die Forscher zeigen auch, dass höhere Mindestlöhne die Mitarbeiterfluktuation deutlich reduzieren und somit auch Vorteile und Kostenersparnisse für die Arbeitgeber bringen. Dies sei ein nützliches Forschungsergebnis für die Politik. ◀

\* Quelle: Sylvia Allegretto u.a.: Credible Research Designs for Minimum Wage Studies, IZA Discussion Paper Nr. 7683, September 2013  
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

# Krankheitsfaktor Gehaltsfrust

## Ungerechtigkeit gefährdet die Gesundheit:

**Wer seinen Lohn als zu niedrig empfindet, hat ein höheres Krankheitsrisiko.**

Ungerechte Bezahlung macht nicht nur unzufrieden, sondern auch krank. Das zeigen Reinhard Schunck, Carsten Sauer und Peter Valet in einer empirischen Studie.\* Für ihre Untersuchung haben die Soziologen von der Universität Bielefeld Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ausgewertet. Sie finden „deutliche Hinweise auf eine Verschlechterung des subjektiv wahrgenommenen Gesundheitszustands, wenn das Erwerbseinkommen als zu niedrig wahrgenommen wird“. Besonders gefährdet sind der Analyse zufolge gering qualifizierte Beschäftigte.

Was als angemessenes Einkommen betrachtet wird, sei in der Regel kontextabhängig, schreiben die Wissenschaftler. Beschäftigte vergleichen demnach ihre Leistung und Vergütung mit denen von Kollegen oder Partnern und orientieren sich an den üblichen Löhnen in ihrem Beruf. Wenn sie eine Diskrepanz feststellen, erleben sie eine „soziale Gratifikationskrise“. Die Folge: Stressreaktionen. Diese Reaktionen wiederum, so die Theorie, erhöhen die Wahrscheinlichkeit von seelischen und körperlichen Erkrankungen.

Zur Überprüfung ihrer Annahmen haben die Sozialforscher SOEP-Daten aus den Jahren 2005 bis 2011 analysiert, insgesamt etwa 26.500 Beobachtungen von über 12.000 abhängig Beschäftigten. Die SOEP-Teilnehmer sollten zum einen ihren Gesundheitszustand bewerten. Zum anderen wurden sie gefragt, ob sie ihr Einkommen für gerecht halten. Mit „nein“ hat ein beträchtlicher Teil geantwortet: Mehr als ein Drittel der Befragten fühlt sich unterbezahlt. Erwartungsgemäß hängt dieses Gefühl stark mit der Höhe des Einkommens zusammen: Über die Hälfte der Beschäftigten mit einem Brutto-Stundenlohn unter 8,50 Euro empfindet ihr Einkommen als zu niedrig. Wenn der Lohn über 25,50 Euro liegt, denken das nur 14,7 Prozent.

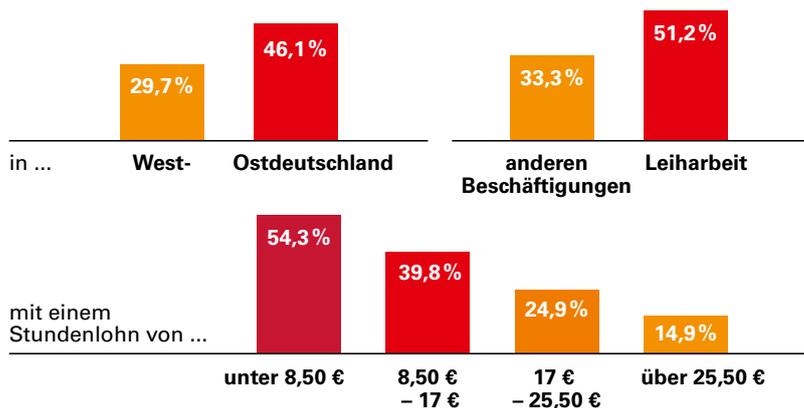
Auch Geringqualifizierte und Ostdeutsche empfinden ihre Bezahlung häufiger als ungerecht. Leiharbeiter sind zu mehr als 50 Prozent der Überzeugung, nicht angemessen zu verdienen. Die Autoren halten das für gut nachvollziehbar: Schließlich bekämen Leiharbeiter im Vergleich zu regulär beschäftigten Kollegen bei gleicher Leistung in der Regel substanziiell weniger Gehalt. Teilzeitbeschäftigte empfinden ihren Lohn dagegen seltener als ungerecht als Arbeitnehmer mit Vollzeitjob. Eine mögliche Erklärung: Vollzeitbeschäftigte seien oft Hauptverdiener und machten sich daher mehr Gedanken über die Gerechtigkeit ihrer Entlohnung. Dass das Geschlecht keinen Einfluss auf die Bewertung des Einkommens hat, füh-

ren die Soziologen darauf zurück, dass Frauen sich eher mit anderen Frauen als mit Männern vergleichen.

Das Gefühl, ungerecht bezahlt zu werden, hat merkliche gesundheitliche Konsequenzen. Auch wenn Faktoren wie die Höhe des Einkommens, der berufliche Status oder die Beschäftigungsform herausgerechnet werden, bleibt ein negativer Effekt auf die Gesundheit nachweisbar: Personen, die ihr Erwerbseinkommen für gerecht halten, bezeichnen ihren Gesundheitszustand zu 60,9 Prozent als gut oder sehr gut. Von denjenigen, die ihre Bezahlung als zu niedrig empfinden, sind es nur 57 Prozent. Den Unterschied stufen die Forscher als „durchaus bemerkenswert“ ein. Schließlich sei ja ausschließlich der Effekt einer Empfindung gemessen worden,

## Ungerechtigkeit kann krank machen

Beschäftigte empfinden ihr Einkommen als ungerecht ...



Für gut halten ihren Gesundheitszustand Beschäftigte, die ihr Einkommen als ...



Quelle: Schunck, Sauer, Valet 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

unabhängig von den tatsächlichen ökonomischen Umständen. Dass vor allem Geringverdiener diesen Effekt zu spüren bekommen, vertieft bestehende gesundheitliche Ungleichheiten. Denn Studien zeigten, dass geringe Einkommen an sich bereits mit einer erhöhten Krankheitsgefahr einhergehen. Diejenigen, deren Gesundheit wegen schlechter Bezahlung ohnehin gefährdet ist, leiden also noch zusätzlich, wenn sie ihre Bezahlung als ungerecht wahrnehmen. ◀

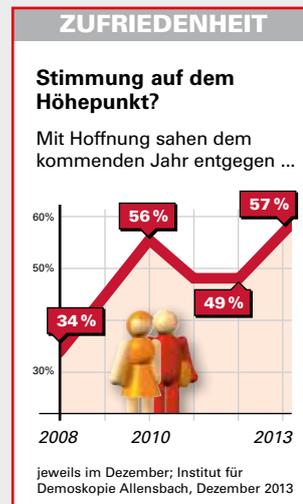
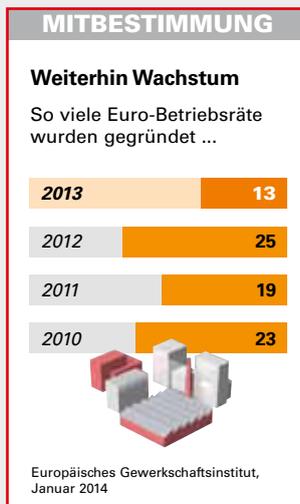
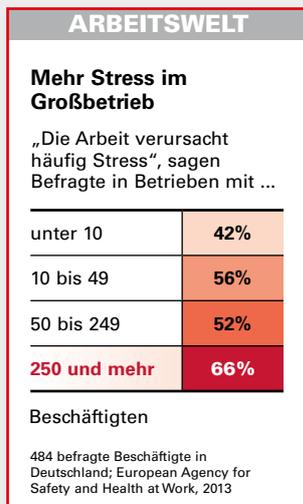
\* Quelle: Reinhard Schunck, Carsten Sauer, Peter Valet: Macht Ungerechtigkeit krank? Gesundheitliche Folgen von Einkommens(un)gerechtigkeit, in: WSI-Mitteilungen 8/2013  
 Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

## Impressum

**Herausgeberin:** Hans-Böckler-Stiftung  
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0  
**Verantwortlicher Geschäftsführer:** Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);  
**Chefredaktion:** Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft,  
 Dr. Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp  
 Wolter, Sören Zieher; E-Mail [redaktion-impuls@boeckler.de](mailto:redaktion-impuls@boeckler.de);  
 Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;  
**Druck und Versand:**  
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

**Weiter im Netz:** Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

## TrendTableau



► **HARTZ IV:** Gut zwei Drittel der Arbeitslosen in Deutschland haben keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld I (ALG I). Wie das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) ermittelte, lag der Anteil der arbeitslos Gemeldeten mit ALG II im Jahr 2013 bei 67 Prozent. Damit sei die Absicherung durch Hartz IV zur Regel geworden – 2005 seien „nur“ 57 Prozent ohne Anspruch auf

ALG I gewesen. Ein wesentlicher Grund für den Bedeutungsverlust des ersten Arbeitslosengeldes sei die Verkürzung der sogenannten Rahmenfrist von drei auf zwei Jahre. Arbeitslose, die nicht die geforderten zwölf Beitragsmonate innerhalb dieser zwei Jahre nachweisen können, sind vom ALG-I-Bezug ausgeschlossen.  
 IAQ, Januar 2014

► **ARBEITSMARKT:** Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien sind relativ gut in den Arbeitsmarkt integriert. Es sei nach derzeitigem Zahlenstand nicht gerechtfertigt, die Zuwanderung pauschal als „Armutzuwanderung“ zu qualifizieren, so das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB). Zur Jahresmitte 2013 seien 60 Prozent der in Deutschland lebenden Bulga-

ren und Rumänen im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig gewesen. Die Arbeitslosenquote lag nach IAB-Angaben bei 7,4 Prozent, jeder zehnte Bulgare beziehungsweise Rumäne in Deutschland habe Hartz-IV-Leistungen bekommen. Damit liege die Quote unter dem Durchschnittswert der ausländischen Bevölkerung von 16 Prozent.  
 IAB, Dezember 2013